



Mit diesem Koalitionsvertrag kann Deutschland gut bauen



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU

Foto: IG BAU | Tobias Seifert

IG BAU-Chef Feiger: "Schwarz-Rot schafft Basis, Wirtschaft in Schwung zu bringen" – "Bund muss von Tag 1 an auf 'Infrastruktur-Tempo' setzen"

Zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD erklärt der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, IG BAU-Chef Robert Feiger:

Schwarz-Rot legt den Hebel um: Mit diesem Koalitionsvertrag kann Deutschland gut bauen. CDU/CSU und SPD bieten eine gute Basis, die Wirtschaft in Schwung zu bringen – mit der Bauwirtschaft.

Mit dem Bau setzt Schwarz-Rot eine Konjunkturlokomotive in Gang: Denn mit Bau-Investitionen hat Deutschland die Chance auf ein sich selbst tragendes Konjunkturpaket.



Pressespiegel

Ausgabe: 14.04.2025



Autobahnen, Brücken, Schienen, Tunnel ... und vor allem auch Wohnungen: Es kommt darauf an, dass die neue Bundesregierung jetzt die Kapazitäten, die der Bau hat, für die Gesamtwirtschaft nutzt.

Wichtig ist, dass das rasch passiert. Denn jeden Tag baut der Bau Kapazitäten ab: Unternehmen gehen in Insolvenz. Beschäftigte verlieren ihre Arbeit. Hier muss die neue Bundesregierung so schnell wie möglich das Ruder herumreißen. Sie muss von Tag 1 an auf "Infrastruktur-Tempo" setzen.

Notwendig dabei ist allerdings, dass die neue Bundesregierung dem Bau eine solide Perspektive mit einer verlässlichen Finanzierung und konkreten Zielmarken bietet – etwa beim Sozialwohnungsbau: Für 100.000 neu gebaute Sozialwohnungen pro Jahr sind mindestens 11 Milliarden Euro Fördermittel notwendig.

Lokalkompass.de

Polizisten sollen länger in Abschiebegefängnis aushelfen

Büren/Düsseldorf. Wegen anhaltender Personalnot sollen Polizisten einer Hundertschaft weiter im NRW-Abschiebegefängnis in Büren aushelfen. Das aktuelle Amtshilfersuchen des Flüchtlingsministeriums läuft am 30. April aus und soll um weitere zwei Monate verlängert werden, sagte eine Sprecherin auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. „Kräfte der Bereitschaftspolizei unterstützen aktuell durch zwei Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen pro Schicht“, so die Sprecherin des Flüchtlingsministeriums. Die Verlängerung solle den Übergang schaffen, „bis andere Maßnahmen greifen“. Unter anderem plant die Landesregierung

nach früheren Angaben, pensionierte Polizisten einzusetzen. Dazu werde aktuell „das gesetzliche Verfahren“ vorbereitet.

Wie aus dem aktuellen Jahresbericht des Abschiebehaftanstalt-Beirats für den Landtag hervorgeht, ist die maximale Belegung der Einrichtung in Büren bisher nicht erreicht. Aber es gebe „einen deutlichen Anstieg in den Belegungszahlen nach dem erschütternden Terrorattentat in Solingen“. Weiter hieß es: „Eine Reduzierung der Belegung ist nicht zu erwarten.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht den Einsatz der Beamten als Aushilfen in der Einrichtung kritisch. *dpa*

NRZ Mantel